

Auf 24,4 Milliarden Euro sollte der Verteidigungsetat (Einzelplan/EP 14 des Bundeshaushaltes) 2003 eingefroren werden. Doch der Haushaltsbeschluß vom 13. September 2002 war bereits vier Wochen später sein Papier nicht mehr wert. Was Alle längst wußten, sprach die rot-grüne Bundesregierung erst nach gewonnener Wahl aus: dem Bundeshaushalt 2003 liegen schöngerechnete Zahlen zu Grunde. Im Oktober kündigte Finanzminister Hans Eichel einen Nachtragshaushalt zum eigenen Machwerk an, Verteidigungsminister Peter Struck veranlaßte eine Generalinventur auf der Hardthöhe. Offiziell soll Strucks Etat um 500 Mio. Euro gekürzt werden, tatsächlich fehlen dem Verteidigungsminister 10-14 Milliarden Euro um all das zu bezahlen, was auf seinen 176-Haushaltsseiten steht. Ende November soll Struck eine vorläufige Streichliste vorliegen - ausreichende Einschnitte erwartet allerdings niemand. Der militärisch unerfahrene Verteidigungsminister steht vor der Wahl, die Bundeswehr durch "weiterwursteln" endgültig gegen die Wand zu fahren oder nach vier verschenkten "Reform"- Jahren eine Streitkräfte reform mit drastischen Einschnitten vorzunehmen, die aus der Schönwettertruppe einsatzfähige Verbände macht. Obwohl der Bundesregierung seit dem Kalten Krieg ein realitätstaugliches sicherheitspolitisches Konzept fehlt und das Kosten/Nutzen-Verhältnis der Bundeswehr katastrophal ist, denkt (noch?) niemand im Bundestag darüber nach, warum der Verteidigungsetat auch künftig der drittgrößte Ausgabenposten des Bundeshaushalts sein soll.

Militärausgaben 2003

Erste vorläufige Hochrechnung des Pegelstandes auf der Hardthöhe

Nach sechs Jahren Ruhe (Schieben, Strecken, Schnauze) und vier Jahren Scharping (Flexibilisieren, Privatisieren, Geheimhalten) schien es bis vor einem Jahr undenkbar, die Intransparenz des Rüstungshaushaltes noch zu übertreffen. Irrtum! Der Neue Verteidigungsminister startet mit einem Etat, von dessen Zahlen er selbst nicht weiß, welche er ernst nehmen darf. (1) Struck weiß nur eines: es reicht nicht.

24,4 Milliarden wurden dem Verteidigungsminister im September bewilligt. Nach NATO-Kriterien, die militärbe-

(1) Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2003, Einzelplan 14, Bundesministerium der Verteidigung, BT-Drs. 14/9759

Verteidigungshaushalt 2003

(Einzelplan/EP 14 des Bundeshaushaltes, in Milliarden Euro)

	Soll 2002	Anteil am EP 14 in %	Soll 2003	Anteil am EP 14 in %
I. Betriebskosten				
Personalausgaben	12,527	53,03	12,418	50,92
Materielerhaltung und Betrieb	2,352	9,96	2,311	9,47
Sonstige Betriebsausgaben	3,512	14,87	3,526	14,46
Summe Betriebsausgaben	18,390	77,85	18,255	74,85
II. Verteidigungsinvestive Ausgaben				
Forschung, Entwicklung, Erprobung	0,851	3,60	0,984	4,03
Militärische Beschaffungen	3,535	14,69	4,093	16,78
Militärische Anlagen	0,697	2,95	0,838	3,44
Sonstige Investitionen	0,148	0,63	0,218	0,90
Summe Vert.Invest.-Ausgaben	5,231	22,15	6,134	25,15
incl. Verstärkungsmöglichkeit	5,845	23,38	6,748	26,99
Plafond EP 14	23,662	100	24,389	100
+ Anti-Terror-Mittel EP 60	0,767			
Verfügbares Soll	24,389		24,389	
+ Verstärkungsmöglichkeit	0,614		0,614	
Gesamtetat EP 14	25,002		25,002	

Quelle: IAP-Dienst Sicherheitspolitik 8/2002

Rüstung & Wirtschaft

(2) 2002 erhielt die Bundeswehr für ihre "Anti-Terror-Einsätze" zusätzlich 767 Mio. Euro aus dem Einzelplan 60/Allgemeine Finanzverwaltung. Eine entsprechende Summe ist im EP 14/2003 bereits einkalkuliert. Zur Verteilung der gesamten Anti-Terror-Milliarden siehe: *BT-Drs. 14/9377*, 25.6.2002

(3) *Bundesministerium der Finanzen/BMF: Finanzbericht 2003*, Berlin 9.8.2002, S. 29

(4) *Die Welt* 4.6.2002

(5) *Der Spiegel* 14/2001, 30.3.2001

dingte Ausgaben auch in anderen Etats hinzurechnen, liegen die deutschen Militärausgaben bei etwa 30,5 Milliarden Euro. Dies entspricht 9,9% bzw. 12,4% des Bundeshaushalts von 246,3 Mrd. Euro. Dabei handelt es sich aus Sicht von Rüstungsindustrie und Bundeswehr bereits um einen Stagnationshaushalt, denn die 24,4 Milliarden Euro entsprechen dem Vorjahresetat 2002 - der allerdings erst durch zusätzliche 767 Mio. Euro aus "Anti-Terror-Mitteln" auf diese Höhe gebracht worden war. (2)

Daß der Verteidigungsetat bis 2006 auf 24,4 Mrd. Euro eingefroren wird - wie von der Bundesregierung beschlossen (3) - glaubt derzeit niemand mehr. Im Gegenteil, Finanzminister Eichel möchte nun wieder einige hundert Millionen zurück haben, denn noch immer hat er den Boden seines Haushaltsloches nicht gesichtet. Doch egal, ob Deutschland für 23 oder 25 Milliarden Euro "verteidigt" werden soll - beides reicht der Truppe nicht.

- Ex-Generalinspekteur Harald Kujat bezifferte das Finanzloch alleine zur Umsetzung von Scharpings wir-

kungsloser "Bundeswehrreform" bis 2006 auf 4,5 Mrd. Euro. (4) Auf 110 Mrd. Euro schätzte der Spiegel 2001 allein die Waffenbestellungen der Bundeswehr bis 2015. (5) Die Verpflichtungsermächtigungen sollen sich mit dem Haushalt 2003 auf insgesamt 55,48 Milliarden Euro summieren. (6) Alleine 2003 will der Verteidigungsminister solche ungedeckten Schecks über 15,9 Mrd. Euro unterschreiben, das Vierfache seines jährlichen Waffenbudgets.

- Gleichzeitig gehen die Auslandseinsätze der Bundeswehr in die nächste Runde: als erste Amtshandlung verlängerte die Bundesregierung am 23. Oktober 2002 das Mazedonien-Mandat Amber Fox. Am 15. November billigte der Bundestag die Verlängerung des Anti-Terror-Mandats Enduring Freedom. Deutschland soll nun doch mit den Niederlanden "Lead Nation" in Kabul spielen, um nicht in Schlimmeres im Irak hineingezogen zu werden. Weil die Bundeswehr damit überfordert ist, soll die NATO in Afghanistan mit Transportern, Logistik und Aufklärungssystemen einsteigen. Während in Afghanistan das Kommando Spezialkräfte/KSK künftig unabhängig von amerikanischen Elitetruppen operieren soll, schlummern in Regierungsschubladen bereits Pläne, wie Auslandseinsätze bald schneller ohne das lästige Parlament beschlossen werden könnten. (7) Gegenfinanzierung: Fehlanzeige.
- Auch bei den Personalkosten wird nicht gespart: Zwar ist die Bundeswehr bereits heute von 310.000 auf jene 285.000 Soldaten geschrumpft (-8%), die sie nach Scharpings "Bundeswehrreform" erst 2006 erreichen sollte, trotzdem stiegen die Personalausgaben 2001/2003 um 29 Millionen Euro. (8)

Unausgesprochen gilt die Scharping-Reform nun auch in der Regierungskoalition als gescheitert. Stattdessen heißt es im Koalitionsvertrag vom 16.10.2002: "Das künftige Aufgabenspektrum der Bundeswehr wird ganz wesentlich durch die sicherheitspolitischen Entwicklungen und den Wandel der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz bestimmt. ... Um diese Planungsvorgaben einzuhalten und gleichzeitig die Bundeswehr effizient zu modernisieren, wird die Bundesregierung die Beschaffungsplanung, die materielle Ausstattung und den Personalumfang der Bundeswehr fortlaufend den künftigen Anforderungen anpassen. Hierbei werden die Vorschläge der Kommission 'Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr' (Weizsäcker Kommission) die Richtschnur bilden." (9) Kurz: Pragmatismus statt Konzeption, Weizsäcker statt Scharping-Reform, vier Jahre verloren.

(6) *BT-Drs. 14/9750, EP-14, a.a.O., S. 130.* Verpflichtungsermächtigungen sind Vertragsverpflichtungen über mehrere Jahre, also Waffenkäufe, deren Finanzierung durch Steuern der Folgejahre aufgebracht werden muß.

(7) *Schneller kämpfen - mit deutscher Hilfe, in: Der Spiegel 5.11.2002, siehe auch ami-Artikel in diesem Heft*

(8) *vgl die Haushalte 2001 und 2002 in ami 12/01, S. 20*

(9) *Rot-Grüner Koalitionsvertrag vom 16.10.2002, IX 1.9. Bundeswehr und internationale Einsätze, www.bundesregierung.de/Regierung/Koalitionsvertrag*

(10) Vom General bis zum Wehrpflichtigen einschließlich etwa 138.000 Zivilbeschäftig-

Bundeswehr Personalbestand

(Stand: September 2002)

Gesamt				195.241	65.534	24.688	285.463	302.400
Zivilisten auf Soldatenposten				172	55	12	239	
Soldaten gesamt				195.069	65.479	24.676	285.224	
Wehrpflichtige gesamt				78.306	16.122	4.106	98.534	110.900
davon								
Freiwillig				16.933	2.909	1.584	21.426	26.000
Längerdienende und Wehrpflichtige W 6+3 Monate				61.373	13.213	2.522	77.108	83.000
Zeit-/Berufssoldaten gesamt				116.763	49.357	20.570	186.690	191.500
davon								
Zeitsoldaten				84.032	30.693	13.369	128.094	
Wehrübende				21			21	
Zeitsoldaten 2 Jahre				1.707	97	302	2.106	
Zeitsoldaten 3-20 Jahre				82.304	30.596	13.067	125.967	
Berufssoldaten				32.731	18.664	7.201	58.569	
Heer								
Luftwaffe								
Marine								
Ist/Gesamt								

vgl. Soll/Scharping-Reform
Quelle: BMVg: VA-Drs. 14/1095

Personalausgaben

Mit 12,4 Milliarden Euro gibt die Bundeswehr immer noch mehr als die Hälfte ihres Etats für Personalkosten aus - durchschnittlich etwa 29.300 Euro pro "Arbeitsplatz" der 285.000 Soldaten und 138.000 Zivilbeschäftigten. (10) Traditionell sind die Personalkosten allerdings überhöht, damit Überschüsse "flexibel" in ungedeckte Waffenbestellungen fließen können. Die Haushaltsplanung geht für 2003 laut gültiger Scharping-Reform von 290.100 Soldaten aus. (11) Da bereits heute nur noch 285.000 Bundeswehrsoldaten Dienst tun - Tendenz weiter sinkend -, liegen die versteckten Einsparungen bei mindestens 150 Millionen Euro.

Hinzu soll 2003 die dreifache Summe kommen, wenn etwa 16.000 Zivilbeschäftigte im Rahmen der privatisierten Liegenschaftsverwaltung in zivile Betreiberfirmen abgeschoben werden, deren Leistungen dann unter dem Haushaltstitel Betriebsausgaben wieder eingekauft werden sollen. (12)

Und schließlich werden etwa 350-400 Millionen Euro für "Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen - humanitären und sonstigen - Einsätzen" nicht als Personalmittel eingeplant, sondern für zusätzliche Waffenkäufe verausgabt. (13) Systematisch werden über die Hälfte dieser Zusatzmittel für Auslandseinsätze für Sachmittel ausgegeben. Bemerkenswert ist, daß der out-of-area-Haushaltsposten 2003 gegenüber 2002 von 1.483,5 Mio. Euro (14) auf 869,5 Mio. Euro sinken soll, obwohl die Zahl der Bundeswehr-Auslandseinsätze ständig steigt und ein III. Golfkrieg vor der Tür steht. Dahinter steckt das Kalkül, die kaum noch einsatzfähige Bundeswehr entweder von weiteren Einsätzen zu entlasten oder für jedes Mandat vom Bundestag zusätzliche Haushaltsmittel zu erpressen. Kurz: Mit ihrem 24-Milliarden-Etat unterhält sich die Bundeswehr lediglich selbst. Wer dafür eine Leistung erwartet muß dies zusätzlich bezahlen. (15) Im Personalbereich "flexibilisiert" das Bundesverteidigungsministerium/BMVg knapp eine Milliarde Euro durch überhöhte Luftbuchungen,

kann (und will) aber dadurch seine immer neuen out-of-area-Kosten nicht begleichen.

Eine Aussetzung der Wehrpflicht, die laut Koalitionsvertrag geprüft werden soll, könnte der Bundeswehr etwa 3,7 Milliarden Euro (16) sparen, volkswirtschaftlich ließe sich nochmal eine ähnliche Summe gewinnen. (17) Doch im Haushalt 2003 ist dieser - auch aus Gründen der Wehrgerechtigkeit überfällige - Schritt nicht vorgesehen. (18)

Sollte sich Verteidigungsminister Struck künftig tatsächlich an den alten Plänen der Weizsäcker-Kommission orientieren, hieße dies im Personalbereich, die Truppe entweder auf 240.000 (mit "Auswahlwehrlpflicht") oder auf 220.000 Soldaten (Berufsarmee) herunterzufahren. (19) Beide Optionen weisen den Weg zu erheblichen Personalreduzierungen, reichen aber nicht aus, um die Personalkosten der Bundeswehr mittelfristig in den Griff zu bekommen. Erst eine Truppe von deutlich unter 200.000 Soldaten würde dem Verteidigungsminister die finanziellen Möglichkeiten geben, sie wunschgemäß auszurüsten und einzusetzen.

Verteidigungsinvestive Ausgaben

Aussagen über die investiven Ausgaben der Bundeswehr, also über ihre Waffenkäufe, Rüstungsforschung und Standortausbauten, sind nur unter dem Vorbehalt zu treffen, daß alle Wunschplanungen derzeit zur Disposition stehen. Beispielsweise bekräftigte Peter Struck noch im September 2002 seine Kaufabsicht von 73 Airbussen A-400M. Im Zuge des Kasernensturzes hat der Verteidigungsminister am 9. November seine A-400M-Planung auf 60 reduziert. Wunschzettel wie das Material- und Ausrüstungskonzept sagen nichts über ihre Finanzierung aus. (20)

Das jüngste Papier vor den Haushaltswirren ist die Liste der "Wesentlichen Großvorhaben/WGV" des Bundeswehrplans 2002 vom März diesen Jahres. Es umfaßt geplante Ausgaben für Waffenkäufe von 76,46 Mrd. Euro, von denen 30,55 Mrd. Euro erst nach 2015 fällig werden. (21) Verteilt auf die 16 Jahre 2002-2016 entspricht dies durchschnittlich 4,78 Mrd. Euro pro Jahr allein für die größten 30 der etwa 3.000 Beschaffungsvorhaben des BMVg ohne Berücksichtigung zahlreicher Unterfinanzierungen und üblicher Kostenexplosionen. Mit anderen Worten: Die Waffenplanungen des BMVg für die nächsten 15 Jahre übersteigen bereits heute die jährlichen investiven Budgets. Würden sie umgesetzt, hätten die nächsten drei Regierungen keinerlei sicherheitspolitische Gestaltungsspielräume, kurzfristig könnten sie

ter (55.000 Arbeiter, 40.000 Angestellte, 33.000 beamtete), zuzüglich Pensionsansprüchen von 3,25 Mrd. Euro, die aus dem Einzelplan 33 bezahlt werden sowie Material und Anlagen. Zur Soldhöhe der einzelnen Dienstgrade siehe *ami* 12/01, S. 15

(11) *BMVg: Neuausrichtung der Bundeswehr. Grobausplanung Ergebnisse und Entscheidungen, Oktober 2000*

(12) siehe *ami* 7-8/02, S. 15ff.

(13) *EP 14, Kapitel 1403, Titelgruppe 08, BT-Drs. 14/9750, S. 38*

(14) 716,5 Mio. Euro im EP 14, 1403, Titelgruppe 08 plus 767 Mio. Euro aus "Anti-Terror-Mitteln" des Einzelplan/EP 60 - Allgemeine Finanzverwaltung, BT-Drs. 14/6800

(15) Den Scharpingschen Privatisierungswahn weitergedacht stellt sich die Frage, wann das BMVg erkennt, daß es die gewünschten Leistungen billiger durch geleaste Söldner einkaufen könnte und beiläufig auf den nutzlosen Unterhalt einer Bundeswehr verzichten könnte.

(16) *Personalkosten von 620 Mio. Euro plus etwa den fünffachen Wert anteiliger Sachkosten (Kasernen, Waffen, Übungsgelände, Ausbilder, Erfassungssysteme etc.), siehe hierzu: Arbeitskreis für Friedenspolitik - Atomwaffenfreies Europa (Hg)/Stefan Gose: Wehrpflicht am Ende, Berlin 2000, S. 31ff.*

(17) Durch Opportunitätskosten wie verdienstgerechte Be-

Jahr	SATCOM	AWACS SAR-Lupe	KZO	AGS BR-1150 MPA	2000	A-400M	ETRUS	NH-90	MULTI	gepanz. PzH	2000	SMART			
	Bw	KWS	Satellit	Drohne	Aufkl.	SIGINT	KWS	Lfz	FTA	TspSchiff	Hubschr.	8x8	Fahrzeuge	Haubitze	155mm
2002	22,5	26,1	26,6	34,8	3,1	25,6	2,6	104,8	7,2	188,7	100,7				
2003	9,7	41,4	55,2	33,2	19,4	54,2	2,6	184,1	22,5	41,9	60,8				
2004	26,6	34,2	82,8	63,9	12,8	51,1	2,6	327,2	21,0	1,0	8,7				
2005	76,7	40,9	98,2	45,0	8,2	127,8	2,6	453,0	19,4						
2006	325,2	28,1	51,6	50,6	3,1	230,1	2,6	51,1	72,1						
2007	305,8		8,7	55,7	25,6	286,3	2,6	153,4	72,1	20,5					
2008	76,7		3,6	3,1	10,2	71,6	113,5	153,4	66,5	51,1					
2009			3,6		40,9	71,6	445,3	51,1	63,4	102,3					
2010			4,1		51,1	71,6	1.109,0	451,0	58,3	153,4					
2011			4,1		102,3	71,6	1.109,0	460,7	153,4						
2012			3,6		102,3	71,6	1.109,0	456,6	153,4						
2013			3,6		25,6	51,1	1.109,0	504,6	153,4						
2014			3,6		102,3	1.109,0		356,9	153,4						
nach															
2014	531,7				53,7	2.003,7		723,0	18.815,5						
Jahr	Patriot	MEADS	F-124/	K-130	Polyphem	U-212A	Eurofighter	Meteor	Iris-T	Taurus	UHU	PARS	GTK	Sanitäts	
	PAC-3	Luftvertg.	F-125	Korvette	SGCM	U-Boot	Kffz.	AAM	MR	AMM	SR	3	LR	Jeep	-module
2002	86,9		234,7	52,7		265,4	1.009,8	25,6	56,2	254,1	20,5				
2003	91,5		215,7	126,8		252,1	1.027,2	32,7	38,3	331,8	55,7				
2004	65,4		185,1	211,2		192,8	1.053,3	5,1	62,4	433,6	2,6				
2005	73,1		80,3	252,1		140,1	1.006,2	12,8	64,9	351,3	20,5				
2006	78,7		4,1	221,9		77,2	1.135,1	20,5	62,4	318,5	36,3				
2007	46,5	85,9		93,1		33,7	1.124,3	30,7	62,4	283,8	105,8				
2008	18,9	90,0	255,6	12,3	5,1	1.124,3	30,7	95,1	62,4	272,0	71,1				
2009	25,6	124,8	255,6		15,3	76,7	1.181,1	30,7	60,3	271,5	68,5				
2010	76,7	233,1	255,6		25,6	102,3	1.097,1	30,7	38,3	258,2	53,7				
2011		282,2	255,6		30,7	127,8	767,4	30,7	14,8	231,6	31,2				
2012		306,8	204,5		35,8	204,5	649,3	38,3	17,9	191,2	53,2				
2013		357,9	204,5		51,1	204,5	474,0	38,3	18,4	193,3	53,2				
2014		357,9	204,5		51,1	204,5	296,0	38,3	17,4	5,6	53,2				
nach															
2014	807,8	2.556,5	502,6	613,5	116,1	834,4		237,7	2.557,0						

Rüstung & Wirtschaft

nicht eine einzige Patrone kaufen. Die WGV-Liste zeigt zugleich, welche Waffensysteme am ehesten von Streichungen betroffen sind. Dabei geht es nicht nach einem sicherheitspolitisch-konzeptionellen Bedarf sondern um die pragmatische Frage: welches Programm ist noch am wenigsten fortgeschritten, kurz: wo sind die Regreßforderungen der Industrie am geringsten, wo ist der Gesichtsverlust und der Nachverhandlungsaufwand gegenüber europäischen Kooperationspartnern am Kleinsten?

Entsprechend stehen neben einer Kürzung der Airbus-Bestellung von 73 auf 60 A-400M auf der Streichliste die Fregatte 125, das Marineaufklärungsflugzeug MPA-2000, der Schützenpanzer Igel und die Nutzungsdauerverlängerung des Kampfflugzeuges Tornado (149 Mio. Euro) ganz oben. (22) Da es sich hierbei weitgehend um ungedeckte Luftbuchungen handelt, wären die Einsparungen marginal. Deshalb stehen auch Programme wie die ABM-Rakete MEADS-TLVS, die Luft-Luft-Rakete mittlerer Reichweite Meteor, die Panzerabwehrrakete großer Reichweite PARS 3LR, die geplanten 2. Beschaffungslose für U-212A (3 U-Boote) und K-130 (7 Korvetten) zur Disposition.

Kleinere Panzerfahrzeuge werden gestrichen (GTK, Igel) oder im Beschaffungsumfang reduziert und geschoben (Multi, Fennek), um dann in begrenzten Stückzahlen doch kurzfristig aus out-of-area-Mitteln beschafft zu werden.

Ärger mit den Kooperationspartnern bahnt sich für Verteidigungsminister Struck bei Nachverhandlungen über die großen Luftwaffenprogramme an. Sollte die Eurofighter-Rakete Meteor am BMVg scheitern, erwägt die britische Regierung ihren Ausstieg aus dem - durch geringere Bestellungen verteuerten - A-400M-Programm, um weitere amerikanische C-130J Transportflugzeuge zu kaufen. Die französische Regierung sieht ein Junktim in den Gemeinschaftsprogrammen Fennek, SAR Lupe, NH-90 und Tiger. Sollte die deutsche Seite ihre Beteiligung am Spähpanzer Fennek und dem Spionagesatelliten Lupe reduzieren, erwägt die französische Seite, die Hubschrauberprogramme NH-90 und Tiger über Streckungen platzen zu lassen.

Ärger bereiten Struck auch die Inspektoren seiner Teilstreitkräfte. Weil über 60% der Beschaffungsausgaben für Luftwaffenprogramme gebunden sind, hat die Marine wenig Verständnis dafür, daß sie deshalb auf die künftige Fregatte Kl. 125, das MPA-2000 als Nachfolger der 30jährigen Breguet Atlantic, weitere Korvetten und U-Boote verzichten soll. Auch die größte Teilstreitkraft Heer beklagt die mangelhafte

zahlung, Steuer- und Sozialabgaben, Ausbildungsgemäßer Personaleinsatz uvm.

(18) Bei einer Jahrgangsstärke von derzeit etwa 450.000 Wehrpflichtigen leisten pro Jahr etwa 100.000 Junge Männer Wehrdienst und 140.000 die "Ausnahme" Zivildienst. Die übrigen 210.000 werden im Rahmen der "Allgemeinen Wehrpflicht" zu keinerlei Dienst herangezogen oder ausgemustert.

(19) *Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr ("Weizsäcker-Kommision")*, Berlin 23.5.2000, S. 59ff., siehe auch *ami 6/00*, S. 3f., 12ff. (20) *ami 5/01*, S. 14ff.

(21) *Bw.Plan 2002* siehe: www.geopowers.com/Machte/Deutschland/Rustung/Rustung_2002/rustung_2002.htm#incl

(22) *Welt am Sonntag* 4.6.2002, *Der Spiegel* 28.9.2002

(23) Erst nach 2014 soll mit der Neuen Gepanzerten Plattform/NGP ein Nachfolgemodell für den Leopard II gebaut werden - solange können sich Rheinmetall und Krauss-Maffei nicht in diesem Sektor halten.

(24) Ein Nachfolgemodell für den Eurofighter müßte bei üblichen Entwicklungszeiten von über 20 Jahren längst begonnen haben, ist aber nicht einmal in der Diskussion.

(25) Der fiskalische Verzicht auf MEADS kaschiert gnädig, daß die transatlantische Partnerunternehmen diesem Rake-

tenabwehrprojekt technologisch ohnehin nicht gewachsen waren. Mit dem Verzicht auf Meteor bleibt die europäische Lenkflugkörperindustrie bei einfacheren Luft-Luft-Raketen kurzer Reichweite (Iris-T, Aster)

(26) Zum Beschaffungsvorlauf des A-400M siehe *ami* 4/02, S. 26ff. Derzeit ist völlig offen, ob über die von deutscher Seite hinaus zugesagten 5,1 Milliarden Euro (reicht für maximal 40 A-400M) weitere Milliarden bewilligt werden können. Mit einer (ungedeckten) Verringerung auf 60 deutsche A-400M (statt 73) nähert sich die europäische Gesamtbestellung je-
nen 180 Flugzeugen, die von Frankreich als betriebswirtschaftliches Minimum betrachtet werden. Sollten sich nach deutschem Vorbild auch andere A-400M-Kunden nicht mehr an ihre Zusagen gebunden fühlen, wäre mit dem Transportflugzeug der militärische Großraumflugzeugbau insgesamt erledigt.

(27) Beispielsweise führte die verzögerte Entwicklung der Meteor-Rakete für den Eurofighter zur Entscheidung, "zwischenzeitlich" 96 verfügbare amerikanische AMRAAM C beschaffen. Damit waren die Mittel zur weiteren Meteor-Entwicklung weitgehend ausgeschöpft. Auch die Kurzstreckenrakete Iris-T wird dem Eurofighter frühestens 2004 zur Verfügung stehen, sodaß zwischenzeitlich veraltete AIM-

Ausstattung mit leichten Panzerfahrzeugen im Auslandseinsatz und ist mit einer Streichung des Schützenpanzers Igel und des Gepanzerten Transportfahrzeugs/GTK sowenig einverstanden, wie mit einer Streckung der Hubschrauberprogramme.

Folge dieser fiskalischen "Sicherheitspolitik" ist nicht nur ein zufälliges Waffenpotpourri für die Bundeswehr, sondern auch ein Auslaufen der nationalen "Systemkompetenz" beim Panzerbau, (23) im europäischen Kampfflugzeugbau (24) in Teilbereichen der Raketenindustrie (25) und im militärischen Großraumflugzeugbau. (26)

Nicht zuletzt führt der fiskalische Pragmatismus zu Mehrkosten durch kleinere Stückzahlen und Programmstreckungen. Kurzfristig wird die Bundeswehr auch auf amerikanische Systeme zurückgreifen und damit die Wahrscheinlichkeit weiter verringern, daß die gewünschten europäischen Waffenprogramme realisiert werden. (27)

Kosten der Auslandseinsätze

3,3 Milliarden Euro haben die Bundeswehreinsätze alleine auf dem Balkan zwischen 1995 und 2001 verschlungen. (28) Etwa 90 Mio. Euro kostet der Unterhalt von 1.000 Bundeswehroldaten (SFOR) pro Jahr, (29) - hinzu kommen die regulären Sold- und Materialkosten des Einsatzverbandes. Auf etwa 1,5 Mrd. Euro beliefen sich die out-of-area-(Zusatz!)Kosten 2002. Mit der deutschen Übernahme des ISAF-Mandats in Kabul, der Verlängerung von Enduring Freedom um ein weiteres Jahr und einem wahrscheinlichen III. Golfkrieg werden diese Ausgaben 2003 explodieren. Doch nur 869 Millionen Euro hat der Verteidigungsminister für Auslandseinsätze 2003 eingeplant (30), das zweite "EF-Anti-Terror-Jahr" ist mit 184 Mio. Euro allenfalls zu 50% finanziert. (31) Von den vielen Skandalen, die hinter diesen wenigen Zahlen stecken - ob Haushaltstricks, unverantwortliche Entscheidebeschlüsse oder katastrophale Kosten-Nutzen-Bilanzen - soll hier lediglich skizziert werden, wie das BMVg mit Interventionsgeldern zusätzlich vieles kauft, was durch den regulären Einzelplan 14 finanziert sein sollte.

In Kabul/ISAF überraschen hohe "Verwaltungskosten" und Sofortbeschaffungen. Bei den Balkaneinsätzen der Bundeswehr haben erstaunlich geringe Personalkosten bereits Tradition: 2001 lagen die Personalkosten bei SFOR bei 31%, bei KFOR bei 35%, bei Enduring Freedom bei 20%, bei Task Force Fox/TFF bei 11%; - von den 87 Mio. Euro für Essential Harvest flossen sogar 75 Millionen direkt in militärische Be-

Kosten für Auslandseinsätze der Bundeswehr in Mio. Euro (unvollständig)

Operation	Träger	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
UNO diverse Missionen	AA	130	230	270	300	280	?	?	?	?	?	?
Golfkrieg II	BMF	5.778										
16.1.91-4.91												
UNOSOM II	AA	4	24	10								
Somalia	BMVg	6	135	36								
28.8.93-23.3.94												
UNTAC	AA	17	110	16								
Kambodscha	BMVg	6	10									
22.5.92-12.11.93												
UNPROFOR	AA				112							
Bosnien-	AA/EU				358							
Herzegowina	BMZ				39							
8.8.95-20.12.95					30							
Bundesländer					19							
Luftbrücke	BMVg	4	17		1							
4.7.92-9.1.96												
Embargo	BMVg	6	33	20	60	15						
18.7.92-1.10.96												
Air Drop	BMVg		8	4	3							
28.3.93-19.8.95												
UNPF	BMVg		30	18	4							
13.4.93-20.12.95												
IFOR Bosnien	BMVg				3	358						
20.12.95-19.12.96												
UNSCOM Irak	BMVg	17	10		10	-45						
8.91-30.9.96												
Ruanda	AA/BMZ			50								
18.7.94-31.12.94												
UNOMIG	BMVg			1	1	1	1	1	1	1	1	1
Georgien												
22.3.94-heute												
SFOR Bosnien	BMVg					?	?	166	66	135	393	376
20.12.96-heute												
NKAVM	BMVg							?	3	1		
Mazedonien												
KVM	BVMg							?	1	1		
Mazedonien												
16.10.98-20.3.99												
Extraction For.	BMVg							?	2	1		
Mazedonien												
16.11.98-9.6.99												
LAR/PAO	BMVg								4	?		
Italien												
Allied Force	BMVg								297			
Kosovokrieg												
24.3.99-10.6.99												
Allied Harbour	BMVg								16	?		
Mazedonien/Albanien												
7.5.99-00												
KFOR Kosovo	BMVg								55	467	732	632
12.6.99-heute												
AFOR Albanien	BMVg								?	?	1	
30.3.99-00												
Essential Harv.	BMF										79	7
8.9.01-26.12.01												
Ost-Timor									?	?		
10.99-2.00												
TFF	BMF										30	
Mazedonien	BMVg											31
26.12.01-heute												
EF	BMF										5	323
Anti-Terror	BMVg											
16.11.01-heute												
ISAF	BMF										?	200
Afghanistan	BMVg											
22.12.01-heute												

Quellen und Anmerkungen (32)

Ausgaben für 6 Monate ISAF-Einsatz 21.6.-20.12.2002

	Mio. Euro
zusätzliche Personalkosten	
Zuschlag 92,03 Euro/T für 1.000 Soldaten/Kabul	16,66
Zuschlag 53,69 Euro/T für 200 Soldaten/Termez (Usbekistan)	1,94
120 Ortskräfte	0,36
<i>Summe Personalausgaben</i>	<i>18,97</i>
Betriebsausgaben	
Sonstige PK (Aufwandsvergütung, Verpflegung, Sani, Lagerbetrieb)	4,56
Materialehaltung Rad, Kette, C-160	18,14
Sonstige MK (Verwaltung, Betriebsstoffe, Mieten, Bauten, Transporte)	38,65
Infrastrukturbedarf (Flugplatz Termez)	1,50
<i>Summe Betriebskosten</i>	<i>62,85</i>
Beschaffungen (Sofortbedarf)	10,00
Zeitweise Verstärkung um 200 Soldaten (Loya Jirga)	3,98
Gesamtsumme	95,80

Quelle (33)

Rüstung & Wirtschaft

9L Sidewinder-Raketen von Hughes/Raytheon beschafft werden, die Iris-T eigentlich ersetzen sollte. Entwicklungsprobleme und mangelnde finanzielle Ausstattung führten bei MEADS zu einer Konzentration auf die amerikanische Patriot PAC3. Die PAC3 von Raytheon wird zwar nicht sehr zielgenau und damit nutzlos sein, aber sie ist bald verfügbar und MEADS damit erledigt. Ähnliches beim Airbus A-400M, der frühestens ab 2008 fliegen soll: Um die altersschwachen C-160 Transall (Baujahr ab 1967) schnell zu ersetzen, möchte die Bundeswehr nun wie die Royal Air Force C-17 Globemaster III bei Boeing leasen - ein weiteres Indiz dafür, daß ein A-400M wahrscheinlich nie abheben wird. *Die Welt* 11.11.2002

(27) siehe Wehrtechnik

III/2001, S. 85ff.

(28) FAZ 24.8.2001

(29) ausführlicher siehe: Bundeswehruni München, J.

Schnell/G. Straub: Kurzstudie:

Abschätzung der Kosten des militärischen Einsatzes der Bundeswehr auf dem Balkan, Neuberg 30.4.1999

(30) BT-Drs. 14/9750, EP 14, Titel 1403 Titelgruppe 08 Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen -

humanitären und sonstigen - Einsätzen

(31) BT-Drs. 15/37, 11.2002

(32) Da die Bundesregierung die Kosten ihrer Auslandseinsätze nicht systematisch bilanziert und vielfach Beträge

schaftungen. (34) Anzumerken ist, daß bei den wenigsten Bundeswehreinsätzen militärisches Großgerät (C-160, BR-1150, Leo II) zum Einsatz kommt, die Kosten also bei einem Ernstfall wie einem III. Golfkrieg um ein Vielfaches höher liegen.

Damit erweist sich Peter Strucks vorhandenes Waffenarsenal als weitgehend nutzlos - ähnlich wie seine Truppe von 285.000 SoldatInnen, von denen der Verteidigungsminister keine 10.000 dauerhaft in den Einsatz schicken kann.

Schönwettertruppe im Pleitestrudel

Bisher hat sich noch kein Verteidigungsminister getraut, eine Kosten-Nutzen-Bilanz seiner Auslandseinsätze vorzulegen. Ebenso wenig liegen realitätstaugliche Bedarfsbegründungen für die horrenden Waffenprogramme des BMVg mit Ausstiegskalkulationen vor. Wirtschaftlichkeitsrechnungen für die etwa 2.500 Liegenschaften der Bundeswehr fehlen ebenso wie eine Bedarfsbegründung für die unbezahlbar ineffiziente Truppenstärke - nicht einmal an eine Kostenkalkulation bei Abschaffung der Wehrpflicht hat sich das BMVg gewagt. Das kann sich die Bundesregierung ab 2003 nicht mehr leisten. Denn mit 24,4 Milliarden Euro entzieht die Hardthöhe der Volkswirtschaft Geld im Überfluß - wofür?

Bundeswehr-SoldatInnen im Auslandseinsatz (September 2002)

	Gesamt	ISAF	KFOR	TFF	SFOR	JFHQ	UNOMIG	EF
	Afghanistan	Kosovo	Mazedonien	Bosnien	Neapel	Georgien	Djibouti	pp.
Offiziere	1.217	214	480	40	269	4	6	204
Unteroffiz.	4.002	662	1.880	109	678	-	5	668
Mannschaft.	3.876	418	2.237	75	590	-	-	556
Zivilbedinst.	24	2	4	-	9	-	-	9
+ AE+KSK	398							
Summe	9.517	1.296	4.601	224	1.546	4	11	1.437
davon								
Frauen	209	14	108	6	48	-	-	33
Wehrpfl. zbAV	494	68	260	12	132	-	-	22
FWDL	1.237	89	708	26	215	-	-	199

Quelle: (35)

Friedenspolitik ist Haushaltssanierung

Ersten Einspartips für den neuen Verteidigungsminister muß vorangestellt werden, daß eine künftige Bundeswehr nur durch einen realitätstauglichen völkerrechtskonformen sicherheitspolitischen Auftrag legitimiert sein kann. Ohne öffentlich erarbeitete Existenzbegründung keine Truppe! Von unabhängigen ExpertInnen muß eine Generalinventur an Personal, Organisation, Material, Liegenschaften, Vertrags- und Sozialbindungen der Bundeswehr transparent durchgeführt werden. Da daraus zweifellos eine Verkleinerung der Truppe folgt, kann sofort mit Aussetzung der Wehrpflicht eine Truppenstärke unter 200.000 angesteuert werden. Großwaffenprogramme in Definitions- und Entwicklungsphase müssen umgehend storniert, Waffenprogramme im Zulauf schnellstmöglich gestoppt werden. Auslandseinsätze müssen überall dort enden, wo kein tragfähiges sozial- und wirtschaftspolitisches Folgekonzept existiert. Die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Kontingenten muß vor einem klaren politischen Auftrag überprüft und eine Beteiligung an friedensgefährdenden Abkommen und Bündnissen gekündigt werden. Liegenschaften müssen wo möglich veräußert und wo genutzt, vom Finanzminister gemeinsam mit Kommunen verpachtet werden. Ein Kriegsdienstverweigerer Deutschland muß zivile Außenpolitik offensiv mit hohem personellen und materiellen Einsatz vertreten. Sicherheitspolitik muß im engen Zusammenspiel mit außerparlamentarischen Zivilkräften im In- und Ausland ständig weiterentwickelt werden. Daraus resultiert eine andauernde Reduzierung bewaffneter Sicherheitskräfte zu Gunsten ziviler Konfliktprävention und nachhaltiger Konfliktbearbeitung. Nicht fünf, sondern 20% eines jährlich sinkenden Einzelplan 14 ermöglichen einen stabilen Frieden ■sg

aus einem Etat in einen anderen geschoben oder - etwa im EP 14 - kurzfristig umgewidmet werden, kann diese Tabelle nur Näherungswerte liefern. Abweichungen sind durch unterschiedliche Bilanzierungsarten und Zeiträume möglich. Die Zahlen basieren auf: *BT-Drs. 12/5905, 10.10.1993; BT-Drs. 12/6055, 27.10.1993; BT-Drs. 12/6156, 9.11.1993; BT-Drs. 12/7151, 21.3.1994; FAZ 30.7.1994; BT-Drs. 13/3796, 8.2.1996; Woche im Bundestag 4/96, XVI/125; HA-Drs. 13/1512, 19.3.1996; HA-Drs. 13/1564, 6.5.1996; BT-Drs. 13/5234, 28.6.1996; HA-Drs. 13/2597, 12.2.1997; BT-Drs. 4868, 1.2.2000; Blickpunkt Bundestag 9/01, VA-Drs. 14/4860, 6.6.2002; BT-Drs. 14/9377, 25.6.2002 (33) VA-Drs. 14/4978, 9.7.2002 (34) VA-Drs. 14/4860, 6.6.2002, Anlage 2 (35) VA-Drs. 14/1094, 30.9.2002*